

Demokratie unter Druck – Gerade jetzt gilt es, eine demokratische und plurale politische Bildung zu stärken!

Angesichts der aktuellen Infragestellung der Demokratie durch Populismus und Extremismus ist eine starke demokratische, plurale und autonome Landschaft der politischen Bildung wichtiger denn je. Die Bundesförderungen im Bereich der politischen Bildung sind dafür eine unverzichtbare Voraussetzung:

- Im Bereich der politischen Erwachsenenbildung kommt der Förderung aus Mitteln der **Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)** durch das Bundesministerium des Innern (BMI) ein besonderer Stellenwert zu.
- Die politische Jugendbildung wird aus Mitteln des **Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP)** im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.
- Darüber hinaus werden Träger der politischen Bildung auch aus Mitteln des **Bundesprogramms „Demokratie leben!“** unterstützt.

Diese Förderungen gilt es abzusichern und zu stärken.

Mit den nachfolgenden Forderungen richten sich der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. und die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) an alle demokratischen Parteien.

Unser Anliegen ist es,

- Akteure der politischen Bildung vor Anfeindungen und Bedrohungen zu schützen,
- eine bedarfsgerechte Ausstattung und Steigerung der Bundesförderungen für die kommenden Jahre zu erreichen,
- die Subsidiarität und Autonomie einer pluralen Trägerlandschaft zu erhalten.

Forderung 1: Akteure der politischen Bildung und der demokratischen Zivilgesellschaft müssen in ihrem Engagement vor Anfeindungen und Bedrohungen geschützt werden.

Politische Bildung steht zunehmend unter Druck und sieht sich immer häufiger Angriffen ausgesetzt – sei es durch verbale oder physische Übergriffe auf Fachkräfte in der politischen Bildung oder durch die gezielte Diskreditierung und Verleumdung von Institutionen. Viele politische Bildner*innen fühlen sich nicht ausreichend geschützt und sind teilweise nicht mehr in der Lage, auf Anfeindungen und Störungen angemessen zu reagieren. In einigen Regionen Deutschlands gilt die Durchführung politischer Bildungsarbeit inzwischen als kaum noch zumutbar.

Es ist dringend notwendig, dass die Politik ein unmissverständliches Zeichen setzt: Demokratie braucht engagierte Mitarbeitende in der politischen Bildung, die ohne Angst vor Übergriffen, Bedrohungen oder Einschränkungen arbeiten können. Nur so lässt sich eine wehrhafte und lebendige Demokratie dauerhaft sichern.

Unsere Forderungen:

- **Schutz von Bildungsträgern und politischen Bildner*innen:** Sicherstellung eines wirksamen Schutzes vor Diffamierungen, Bedrohungen und Angriffen durch rechtsextreme oder antidemokratische Gruppen.
- **Konsequente Verfolgung von Bedrohungen und Übergriffen:** Ausbau der rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen, um Bedrohungen und Übergriffe konsequent zu ahnden. Gleichzeitig müssen Unterstützungsangebote für Betroffene gestärkt werden, um sie in solchen Situationen nicht allein zu lassen.
- **Qualifizierung und Stärkung der Fachkräfte:** Verstärkte Schulung und Fortbildung der Fachkräfte der politischen Bildung in den Bereichen Interventionstechniken, Resilienz und rechtliche Handlungsoptionen, um sie besser auf Herausforderungen und Angriffe vorzubereiten und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern.

Forderung 2: Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) muss als unverzichtbare Infrastruktur der politischen Jugendbildung bedarfsgerecht ausgestattet und dynamisiert werden.

Politische Bildung ist ein Recht aller Kinder und Jugendlichen. Ein zentrales Finanzierungsinstrument auf Bundesebene, das qualitativ hochwertige Angebote der politischen Jugendbildung sicherstellt, ist die Regelförderung im Programm „Politische Bildung“ des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Besonders in Regionen mit schwach entwickelten Strukturen stellt diese Förderung ein unverzichtbares Rückgrat für die Zivilgesellschaft dar.

Um langfristig wirkungsvolle Strukturen abzusichern, die politische Bildung in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen verankern, muss dieses Instrument in den kommenden Jahren finanziell deutlich gestärkt und für weitere Träger geöffnet werden. So können bestehende Lücken geschlossen und allen jungen Menschen ein gleichberechtigter Zugang zu politischer Bildung ermöglicht werden.

Unsere Forderungen:

- **Bedarfsgerechte Ausstattung und Dynamisierung des Kinder- und Jugendplans (KJP):** Die nächste Bundesregierung muss den Kinder- und Jugendplan (KJP) bedarfsgerecht ausstatten und dazu den Ansatz gegenüber dem Haushalt 2024 deutlich erhöhen. Zudem braucht es eine jährliche Dynamisierung, die sowohl tarifliche Steigerungen der Personalkosten als auch allgemeine Preisentwicklungen angemessen berücksichtigt.
- **Stärkere Verzahnung von Bundesprogrammen mit bestehenden Strukturen:** Programme wie „Demokratie leben!“ zur Extremismusprävention sowie zur Demokratieförderung sollten stärker an vorhandene Strukturen anknüpfen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Effizienz zu erhöhen. Ein Ausbau von projektbezogenen Förderprogrammen mit Bezug zur Kinder- und Jugendhilfe oder Demokratieförderung darf nicht ohne eine gleichzeitige Aufstockung der Regelförderung im Kinder- und Jugendplan (KJP) erfolgen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Bundesprogramme wirtschaftlich effizient und wirkungsvoll arbeiten.

- **Absicherung des Subsidiaritätsprinzips:** Politische Jugendbildung muss auch zukünftig nach dem Subsidiaritätsprinzip gemäß § 4 SGB VIII organisiert werden, das die Autonomie und Eigenverantwortung der Träger schützt.

Forderung 3: Die Förderung der pluralen Trägerlandschaft aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) muss erhöht und die Trägerautonomie gegen politische Einflussnahmen abgesichert werden.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sowie die Landeszentralen für politische Bildung sind unverzichtbare Partner bei der Förderung und Stärkung der Demokratie in Deutschland. Mit hochwertigen Materialien, Diskussionsplattformen und umfassender Expertise leisten sie bundesweit einen bedeutenden Beitrag zur politischen Bildung. Angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen muss ihre Arbeit weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Allerdings stagniert das Fördervolumen der bpb für die anerkannten Träger politischer Bildung, während projektorientierte Programme kontinuierlich aufgestockt wurden. Dieses Ungleichgewicht beeinträchtigt insbesondere die langfristige Wirksamkeit der politischen Erwachsenenbildung und sollte durch eine ausgewogene Finanzierung korrigiert werden.

Unsere Forderungen:

- **Sicherung der Unabhängigkeit der Zentralen für politische Bildung:** Die Politik muss gewährleisten, dass die Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung unabhängig von staatlicher Einflussnahme und parteipolitischen Interessen arbeiten können. Diese Unabhängigkeit ist entscheidend, um eine glaubwürdige, kritische und demokratiestärkende Bildungsarbeit sicherzustellen.
- **Rechtliche Absicherung von Überparteilichkeit und Subsidiarität:** Es bedarf klarer gesetzlicher Grundlagen und verbindlicher Regelungen, die die Überparteilichkeit, die Staatsferne und das Subsidiaritätsprinzip bei der Förderung politischer Bildung fest verankern.
- **Ausbau der strukturellen Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen:** Die bpb muss Möglichkeiten erhalten, zivilgesellschaftliche Akteure und Strukturen dauerhaft und nachhaltig zu fördern. Dazu gehört die Erhöhung der finanziellen Mittel, um das qualifizierte Bildungspersonal der anerkannten Träger verlässlich zu finanzieren. Dies würde die Erprobung innovativer Ansätze und eine flächendeckende Umsetzung der Richtlinienförderung auch zukünftig gewährleisten.

Über uns

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist ein Zusammenschluss von 30 bundesweit tätigen Verbänden und Einrichtungen und repräsentiert die Vielfalt der politischen Bildungslandschaft in Deutschland. Diese Pluralität zeigt sich in der breiten Aufstellung seiner Mitglieder: Politische Bildung wird in Jugendverbänden, Bildungsstätten, Gewerkschaften, Kirchen, Volkshochschulen und Stadtteilinitiativen ebenso umgesetzt wie in parteilichen und verbandlichen Strukturen, Stiftungen, Betrieben und Projekten. Sie findet in Seminaren, im Rahmen beruflich-betrieblicher Weiterbildung, bei der Interessenvertretung und zunehmend in Zusammenarbeit mit der schulischen Bildung statt.

Mehr Informationen zum bap e.V.: www.bap-politischebildung.de

Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI)

Die „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung“ (GEMINI) vereint die bundesweit aktiven Träger der politischen Jugendbildung unter einem Dach und bildet eine Arbeitsgruppe im bap e.V. Gemeinsam repräsentieren sie rund 1.750 Einrichtungen, darunter Bildungsstätten, Akademien, Vereine und Volkshochschulen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Zudem kooperieren sie mit Partner*innen vor Ort, um aufsuchende Bildungsarbeit zu fördern und umzusetzen. Als starkes Netzwerk bietet die GEMINI eine zentrale Plattform für den fachlichen Austausch, die Qualitätssicherung, die Entwicklung innovativer Konzepte und die effektive Interessenvertretung im Bereich der politischen Jugendbildung. Die GEMINI ist Mitglied der InitiativeKJP: www.DeutschlandHatNenPlan.de

Mehr Informationen zur GEMINI: www.demokratiestaerkerinnen.de

Kontakt

**Andrea Rühmann, Vorsitzende
Bundesausschuss Politische Bildung
(bap) e.V.**

Tel.: 0228 28 929 50

Mobil: 0170 1200258

Email:

ruehmann@bap-politischebildung.de

**Ole Jantschek, Sprecher
Gemeinsame Initiative der Träger politischer
Jugendbildung (GEMINI)**

Tel.: 030 28 395 417

Mobil: 0177 8573689

E-Mail:

jantschek@politische-jugendbildung-et.de